Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9143**

14. Wahlperiode 17. 05. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dr. Peter Paziorek, Klaus-Jürgen Hedrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/7437 –

Globale Strategie gegen Wassermangel als internationales Konfliktpotential

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, im Vorfeld der Rio plus 10-Konferenz in Johannesburg 2002 eine Reihe von im Einzelnen beschriebenen Maßnahmen zur Umsetzung einer nachhaltigen Wasserpolitik zu ergreifen.

B. Lösung

Der Ausschuss ist der Auffassung, sowohl der Antrag auf Drucksache 14/7437 wie der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wasser als öffentliches Gut und die Bedeutung von Wasser in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“ auf Drucksache 14/7484, der dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung überwiesen worden sei, enthielten die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung einer nachhaltigen Wasserpolitik. Aus Zeitmangel habe man auf das Zusammenführen der Anträge verzichtet und vereinbart, beide Anträge mit dem Votum „Zustimmung“ – jeweils bei Stimmenthaltung der nicht antragstellenden Fraktionen – zu versehen.

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/7437.

D. Kosten

Die mit den jeweiligen Maßnahmen verbundenen Kosten sind Gegenstand der politischen Diskussion (siehe Bericht).

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/7437 anzunehmen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Christoph Matschie Vorsitzender	**Petra Bierwirth** Berichterstatterin	**Kurt-Dieter Grill** Berichterstatter	**Winfried Hermann** Berichterstatter
	Birgit Homburger Berichterstatterin	**Eva Bulling-Schröter** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Petra Bierwirth, Kurt-Dieter Grill, Winfried Hermann, Birgit Homburger und Eva Bulling-Schröter

I.

Der Antrag auf Drucksache 14/7437 wurde in der 208. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2001 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner Sitzung am 20. Februar 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner Sitzung am 17. April 2002 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner Sitzung am 17. April 2002 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

II.

In dem Antrag auf Drucksache 14/7437 wird zunächst festgestellt, dass Wasser eine ebenso lebenswichtige wie knappe Ressource sei, deren Erhalt für die Menschheit von existenzieller Bedeutung sei. Schon heute sei aber absehbar, dass für acht Milliarden Menschen, insbesondere in Entwicklungsländern, dort, wo sie es benötigten, nicht genug Wasser vorhanden sein werde.

Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, im Vorfeld der Rio plus 10-Konferenz in Johannesburg eine globale Strategie mit konkreten Aktionsprogrammen für die Umsetzung einer nachhaltigen Wasserpolitik zu entwickeln, deren Elemente im Einzelnen beschrieben werden.

III.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 14/7437 gemeinsam mit dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/7484, der dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung überwiesen wurde, in seiner Sitzung am 13. März 2002 beraten.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wurde ausgeführt, spätestens nach Vorlage des Jahresgutachtens 1997 des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (Drucksache 13/11435) wisse man, dass die Frage des Zugangs zu Wasser bzw. der Grundversorgung in vielen Staaten zu einem überragenden Thema werde. Auch auf der Konferenz Rio plus zehn in Johannesburg im August/September dieses Jahres werde das Thema Wasser schwerpunktmäßig behandelt werden. Auf der Vorkonferenz im Dezember letzten Jahres in Bonn sei zwischen den beteiligten Ressorts der Bundesregierung (BMU und BMZ) und den Entwicklungsländern darüber diskutiert worden, wie dieser Problematik in Zukunft begegnet werden könne. Gleichwohl sehe man auch sich selbst in der Verantwortung, für die Versorgung mit sauberem Trinkwasser gerade in den Entwicklungsländern einzutreten. In dem eigenen Antrag auf Drucksache 14/7484 habe man in einem Forderungskatalog die erforderlichen Maßnahmen zusammengestellt. In ähnliche Richtung gehe der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/7437. Beide Anträge seien vom Grundsatz her ähnlich. Um sie zusammenzuführen, habe nicht ausreichend Zeit zur Verfügung gestanden. Es sei deshalb vereinbart worden, beide Anträge mit dem Votum „Zustimmung“ zu versehen, wobei sich jeweils die nicht antragstellenden Fraktionen bei der Abstimmung der Stimme enthalten würden.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wurde vorgetragen, man sei sich in der Frage der Wasserversorgung im globalen Kontext im Hinblick auf Friedenssicherung und Konfliktvermeidung über die Parteigrenzen hinweg einig. In beiden Anträgen würden die diesbezüglichen Forderungen zwar in unterschiedlicher Weise, aber in die gleiche Richtung gehend zum Ausdruck gebracht. Man schließe sich gerne der Vereinbarung an, beiden Anträgen entsprechend dem vorgeschlagenen Verfahren zur Zustimmung zu verhelfen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde darauf hingewiesen, dem Grundanliegen des Antrags der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/7437 könne nicht widersprochen werden, da er in weiten Teilen sehr ähnlich wie der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/7484 aufgebaut sei. Aus eigener Sicht enthalte der Antrag auf Drucksache 14/7484 Ergänzungen und Präzisierungen. Dazu zähle u. a. die Festlegung auf Gebühren im Sinne einer sinnvollen Bewirtschaftung oder die stärkere Zusammenführung von Armutsbekämpfung und Entwicklungspolitik über das Thema Wasser. Zudem stelle man im eigenen Antrag an die Bundesregierung die Forderung, sich auf internationaler Ebene für die Umsetzung des „Menschenrechts auf Wasser“ einzusetzen. Sie könne Leitbild auch für eine Politik in vielen anderen Feldern sein. Dem vereinbarten Verfahren im Hinblick auf das Votum zu beiden Anträgen stimme man aber ebenfalls zu.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wurde bedauert, dass kein gemeinsamer Antrag erarbeitet worden sei. Allerdings habe man den Eindruck, dass dafür weniger Zeitprobleme als inhaltliche Differenzen eine Rolle gespielt hätten. Was den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/7484 anbelange, so sei er gerade im Hinblick auf die genannten Präzisierungen proble-

matisch, weil die Formulierungen den Eindruck aufkommen ließen, man wolle Dritten etwas vorschreiben, ohne dazu eine vernünftige Begründung zu liefern. Der Antrag lasse zudem die Finanzierungsfrage weitgehend außer Acht. Hintergrund sei offensichtlich, dass man in dieser Hinsicht nicht nur hinter eigenen Zielen zurückgeblieben, sondern die entsprechende Hilfe auch absolut weiter abgesunken sei. Von daher werde man diesem Antrag nicht zustimmen.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/7437 enthalte dagegen eine gute Auflistung der an die Bundesregierung in den verschiedenen Problembereichen zu stellenden Forderungen. Mit der eigenen Zustimmung zu diesem Antrag wolle man auch deutlich machen, dass man auf diesem Politikfeld weiter nach vorne kommen müsse.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wurde dargelegt, im Grundsatz könne man vielen Forderungen in beiden Anträgen zustimmen, da dort die Ursachen für den fehlenden direkten Zugang zu sauberem Trinkwasser und geeignetem Sanitärwasser zutreffend beschrieben würden. Auch für die sozialen Konflikte bis hin zu den militärischen Auseinandersetzungen treffe dies zu. Eine zentrale Ursache dieses Mangels werde allerdings ausgeblendet: das neokoloniale Erbe, das mit zu diesen Verhältnissen geführt habe. Zudem werde in beiden Anträgen nicht reflektiert, dass globale Wasserkonzerne die Wasserversorgung in den Entwicklungsländern in erster Linie als lukratives Geschäftsfeld ansähen. Folge davon sei, wie sich an Beispielen belegen lasse, eine drastische Erhöhung der Wassergebühren, die zu einer unzumutbaren Belastung der Einwohner vor Ort geführt habe. Angesichts der zentralen Bedeutung von Wasser für Umwelt, Ernährung, Gesundheit, Kultur und wirtschaftliche Entwicklung betrachteten viele Völker Wasser als gesellschaftliches Gut, das nicht privates Eigentum sein könne. Die Versorgung unterliege daher in den meisten Ländern dem Staat, den Städten oder den Gemeinden. Die Verpflichtung zur Daseinsvorsorge habe aus eigener Sicht Vorrang vor privatwirtschaftlichen Interessen. Ein solches Bekenntnis fehle in beiden Anträgen. Auch die aufgelisteten Weltwasserforen seien keine Veranstaltungen mit humanitärer Zielsetzung. Vielmehr zielten die meisten Anträge auf diesen Konferenzen auf eine stärkere Einbeziehung von privatem Kapital in die Wasserwirtschaft. Dies führe u. a. dazu, dass Entwicklungshilfemittel unmittelbar großen international tätigen Wasserversorgungsunternehmen zuflössen. Da diese Problematik von den Anträgen nicht reflektiert werde, werde man sich bei der Abstimmung zu beiden Anträgen der Stimme enthalten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/7437 anzunehmen. Er verband dieses Votum mit dem Vorbehalt, dass auch im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung entsprechend der Vereinbarung abgestimmt werde.

(Nachrichtlich: Vereinbarungsgemäß hat der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in seiner Sitzung am 17. April 2002 entsprechend votiert.)

Berlin, den 17. Mai 2002

Petra Bierwirth Berichterstatterin	**Kurt-Dieter Grill** Berichterstatter	**Winfried Hermann** Berichterstatter
Birgit Homburger Berichterstatterin	**Eva Bulling-Schröter** Berichterstatterin	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333